

# „Stromverbraucher sind die Verlierer des Emissionshandels“

Der Ökonom Axel Ockenfels erwartet, daß der Preis für Kohlendioxid-Zertifikate 2007 auf ein Vielfaches des heutigen Wertes steigen kann

Der Handel mit Emissionsrechten für Kohlendioxid ist zu einem Spielball der Interessen geworden: Er hat den Energieversorgern das Argument geliefert, die Strompreise kräftig zu erhöhen. Auf diese Weise haben die Unternehmen Zusatzgewinne in Milliardenhöhe erzielt. Als Reaktion darauf sollen die Energieversorger nach dem Willen der Bundesregierung in den Jahren 2008 bis 2012 mehr zum Klimaschutz beitragen. Prompt haben die Versorger angekündigt, der Strompreis werde aus diesem Grund weiter steigen. Der Ökonom Axel Ockenfels, Leiter des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln, zeigt die Schwachpunkte des Handels mit der sauberen Luft auf.

*Herr Ockenfels, der Handel mit Emissionsrechten hat bisher vor allem eines bewirkt: einen deutlichen Anstieg der Strompreise. Obwohl die Energieversorger die Emissionsrechte fast vollständig geschenkt bekommen haben, rechnen sie den Zertifikatspreis in ihren Strompreis ein. Die Energieverbraucher und die Politik kritisieren dies scharf. Ist die Kritik berechtigt?*

Nein. Zertifikate haben einen Wert, da sie entweder zum Zertifikatspreis verkauft oder für die Stromproduktion eingesetzt werden können. Falls sie bei der Stromproduktion „verbraucht“ werden, können sie nicht mehr gehandelt werden und verlieren somit ihren Wert. Die durch diesen Wertverlust entstehenden Kosten nennt man Grenzkosten. Sie entstehen unabhängig davon, ob die Zertifikate gekauft oder geschenkt wurden. Denn der Wertverlust ist der gleiche, egal ob man bei der Produktion geschenkt oder gekaufte Zertifikate verbraucht.

*Und diese Kosten rechtfertigen dann höhere Preise?*

Sie rechtfertigen höhere Preisforderungen. Niemand würde Strom anbieten, wenn der Strompreis nicht die Erzeugungskosten deckt. Und zu den Erzeugungskosten gehört auch der Wertverlust durch den Einsatz der Zertifikate. Höhere Zertifikatspreise führen also zwangsläufig zu höheren Preisforderungen für die Angebote in der Strombörse.

*Haben die Protagonisten des Emissionshandels nicht sogar steigende Strompreise gewollt, um die Nachfrage nach fossiler Energie und damit die Kohlendioxid-Emissionen zu senken?*

Die Verteuerung des Stroms durch höhere Grenzkosten ist Bedingung für das Funktionieren des Emissionshandels. Der Emissionshandel würde ohne Kosten- und Preisregale wirkungslos verpuffen, denn niemand würde sein Verhalten ändern.

*Höhere Preisforderungen bedeuten in einem funktionierenden Wettbewerb aber nicht unbedingt auch höhere Preise. Der Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt funktioniert aber gerade nicht. Könnte mehr Wettbewerb die vollständige Überwälzung der Zertifikatspreise auf den Strompreis verhindern?*

Ob höhere Preisforderungen auch zu höheren Marktpreisen führen, hängt in Wettbewerbsmärkten insbesondere davon ab, inwieweit die Nachfrage dem Preisdruck ausweichen kann. Auf der Strombörse ist die Nachfrage aufgrund der man-

gelen Substituierbarkeit sowie der fehlenden Lagerbarkeit von Strom notorisch unflexibel und unelastisch. Daher ist die Überwälzung der höheren Preisforderungen in Folge des Emissionshandels konsistent mit dem, was wir auf perfekt wettbewerblichen Strommärkten erwarten sollten.

*Im Vorfeld haben Umweltökonom den Preis für ein Emissionsrecht auf 5 bis 10 Euro geschätzt, weil sich die Kosten für die Vermeidung einer Tonne Kohlendioxid in diesem Rahmen bewegen. Jetzt beträgt der Preis rund 30 Euro. Gibt es eine Erklärung dafür?*

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Insbesondere hatte man die Vorstellung,

Eine Verknappung des Zertifikatsangebots führt zu höheren Zertifikatspreisen und damit zwangsläufig zu höheren Strompreisen. Die geplante Neuauflage der Zertifikate zugunsten der Industrie wird dagegen einen nur geringen Einfluß auf Strompreis und Klimaschutz haben. Jedenfalls dann, wenn sich die Industrie ähnlich aktiv wie die Energiewirtschaft am Emissionshandel beteiligt. Entscheidend für den Zertifikatspreis ist die Knappheit in Europa, nicht die Aufteilung der Zertifikate auf die verschiedenen Akteure.

*Wer profitiert vom Emissionshandel?*

Der Emissionshandel begünstigt kurzfristig vor allen Dingen die europäischen Energieversorger. Sie bekommen vom

grundsätzlich erfüllen können. Angesichts der hohen Preise erscheint es jedoch angebracht, sich mit den genauen Wirkungen und Kosten des Emissionshandels vertraut zu machen. Ökonomisch wirkt der Emissionshandel wie eine Steuer. Anders als bei anderen Steuern ist es jedoch zu einer Diskussion darüber, wie hoch die „Steuerlast“ in Folge des Emissionshandels sein darf, bisher nicht gekommen. Einer der Gründe dürfte die verbreitete, aber falsche Vorstellung sein, daß kostenlos zugeteilte Zertifikate nicht preiswirksam sein dürfen. Solche Fehleinschätzungen schaden aber gerade auch der Sache des Umweltschutzes, denn sie stehen einer Optimierung der Instrumente und Anreizsysteme im Wege.

*Kann die Politik den Zertifikatspreis steuern?*

Ja. Über eine flexible Handhabung des Zertifikatsangebots im Emissionshandel könnte die Politik das Niveau und die Volatilität der Zertifikatspreise regeln und damit auch indirekt die Strompreise beeinflussen. Sie hat sich aber für ein starres Zertifikatsangebot entschieden. Die Kon-

sequenz ist zum Beispiel, daß ein heißer Sommer, ein Krisenherd im Nahen Osten oder auch ein Wachstumsschub in Europa direkt auf den Zertifikatspreis durchschlägt. Das starre Zertifikatsangebot könnte schlimmstenfalls sogar dazu führen, daß der Zertifikatspreis gegen Ende der ersten Zuteilungsperiode 2007 um ein Vielfaches das heutige Niveau übersteigen wird. Nämlich dann, wenn am Ende weniger Zertifikate im Markt sind, als benötigt werden. Diese eingebaute Inflexibilität ist ein vermeidbarer Fehler im Markt-design.

*Was passiert, damit der Emissionshandel seine ursprünglichen Ziele erfüllen kann?*

Der Emissionshandel wird die politisch gesetzten Reduktionsziele in Europa



Axel Ockenfels

Foto Edgar Schoepel

daß Emissionsreduktionen kurzfristig vor allen Dingen durch Brennstoffsubstitution stattfinden können. Dabei würden Kohlekraftwerke durch umweltschonendere Gaskraftwerke ersetzt. Durch einen stark gestiegenen Gaspreis ist diese Substitution jedoch so teuer geworden, daß nun statt dessen andere Vermeidungslösungen zum Einsatz kommen. Prognosefehler dieser Art demonstrieren die enge Abhängigkeit des Zertifikatspreises von den weltweiten Brennstoffmärkten, die ihrerseits hochvolatil und nur schwer kontrollierbar sind.

*Der Nationale Allokationsplan für die Jahre 2008 bis 2012 verlangt von den Energieversorgern deutlich mehr Klimaschutz als bisher. Wird der Strompreis jetzt weiter steigen?*

Staat wertvolle Zertifikate geschenkt. Gleichzeitig führen die Marktkräfte zu höheren Strompreisen. Dies ist ein Effekt, den wir übrigens europaweit gleichermaßen beobachten. Mittelfristig wird es allerdings zu einem Ausbau der Stromkapazitäten und zu einem Rückgang der Nachfrage kommen, so daß die Gewinne der Versorger wieder geschmälert werden.

*Und wer verliert?*

Verlierer des Emissionshandels sind die europäischen Stromnachfrager. Die stromintensive Industrie hat dabei besonders zu kämpfen, denn einige Branchen stehen in Konkurrenzsituation mit Unternehmen in Ländern, die weniger ehrgeizige Klimaschutzziele verfolgen. Folglich schafft der Emissionshandel einen Kostennachteil für viele europäische Unterneh-

mit deutlich über 5 Prozent. Dies ist eine direkte Folge der höheren Energie- und Rohstoffpreise. Als Folge davon hat in den Wintermonaten der bislang abwärts gerichtete Preistrend für Vorprodukte oder Vorleistungsgüter gedreht, und er weist nun zögerlich nach oben. Auf den nachgelagerten Produktionsstufen ist von Preiserhöhungen bislang zwar gerade in Deutschland noch nichts zu sehen. Aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, daß es dazu kommen wird. Die von der Royal Bank of Scotland veröffentlichten Umfragen unter Einkaufsmanagern zeigen für Deutschland und den Euro-Raum, daß die Unternehmen allmählich beginnen, ihre Verkaufspreise anzuhängen. Zum dritten Mal nacheinander stieg der Verkaufspreisindex in der Industrieumfrage, und der entsprechende Dienstleistungsindex

## Der hohe Ölpreis zieht seine Kreise

Der vierteljährliche Preisbericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung / Von Patrick Welter

weise, daß es mit dieser Ruhe bald vorbei sein könnte und daß sich sekundärer Inflationsdruck aufbaut.

Das gilt zum Beispiel für die Tarifverhandlungen in Deutschland. Die IG Metall spricht in den Verhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie von einem Ausgleich der Inflationsrate von 2 Prozent und meint damit einen „normalen“ Teuerungsausgleich, der die Energiepreisteigerung nicht einschließt. Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre lag die Teuerungsrate freilich nur bei 1,5 Prozent. Bewußt oder unbewußt fordert die IG Metall einen Ausgleich der jüngsten Energiepreisverteuerung. Das birgt die Gefahr, daß Zweitrendeneffekte sich breitmachen: Lohnerhöhungen zur Korrektur des ölpreisbedingten Realeinkommensverlusts, die die Nachfrage ungebü-

lich stark befördern und Preisdruck erzeugen würden. Inwieweit die IG Metall und andere Gewerkschaften sich durchsetzen werden, ist indes noch offen. In anderen Euro-Staaten aber steigen die Löhne kräftig. In Italien liegt die Einigung in der Metallindustrie bei rund 6 Prozent; in Griechenland gibt es im Lauf von zwei Jahren 10,9 Prozent mehr. Die Europäische Zentralbank (EZB) warnt vor möglichen Zweitrendeneffekten, sieht aber noch keine hinreichenden Indizien dafür.

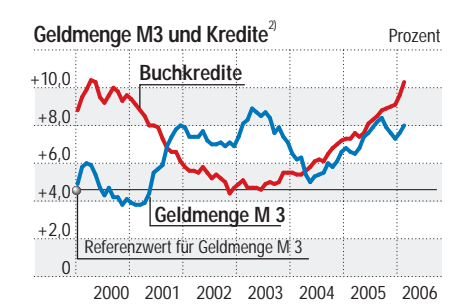
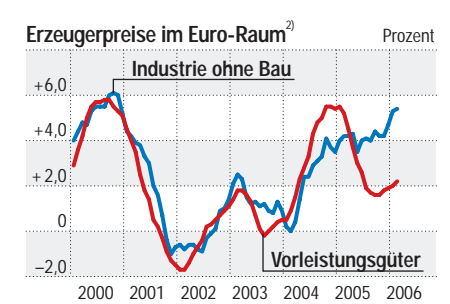
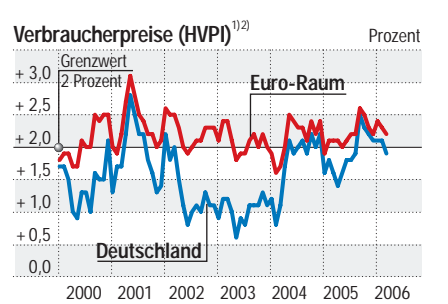
Erste Anzeichen aber gibt es inzwischen dafür, daß die Ölpreis- und Rohstoffpreisteigerungen sich über die direkten Effekte hinaus allmählich durch die Preiskette bis zu den Verbrauchern vorarbeiten. Die Erzeugerpreise der Industrie im Inlandsabsatz stiegen im ersten Quartal in Deutschland und im Euro-Raum

stieg so stark wie seit 2002 nicht mehr. Diese Preissteigerungen dürften sich erst recht fortsetzen und ausbreiten, wenn der Ölpreis – wie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) prognostiziert – weiter hoch bleibt und wenn die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum und in Deutschland sich tatsächlich verbreitert.

Offensichtlich hat der Ölpreisanstieg begonnen, seine Kreise zu ziehen. Vor diesem Hintergrund hat EZB-Präsident Jean-Claude Trichet angekündigt, daß die Bank eine Normalisierung des niedrigen Zinssatzes anstrebt. Er hat eine Zinserhöhung aber erst mal auf Juni verschoben. Eine Notenbank muß weit vorausschauend handeln, will sie Inflationsrisiken im Keim ersticken – auch wenn die aktuellen Teuerungsraten sogar leicht zurückgehen. Die Preisrisiken resultieren derzeit auch aus weiteren Faktoren: Das rasante und parallele Wachstum der Geldmenge und der Kredite zeigt, daß in der europäischen Wirtschaft eine Erholung im Gange ist und daß eine steigende Teuerung droht. Die EZB berichtet, daß das Geldmengenwachstum vor allem durch die besonders liquiden Komponenten Bargeld und täglich fällige Einlagen getrieben wird. Diese Komponenten der Geldmenge stecken im Portemonnaie oder sind jederzeit abrufbar. Sie können auf der Stelle für Käufe genutzt werden, was die Inflation antreibt. Der wichtigste Grund für das Wachstum dieser Geldbestände ist nach Analyse der EZB der niedrige Zinssatz.

Warnend weist zudem der IWF darauf hin, daß der verstärkte internationale Handel und Wettbewerb zwar die globale Inflation grundsätzlich dämpfe. Dieser Effekt zeige sich aber deutlich nur in Zeiten schwachen Wachstums. Derzeit führe die rasche wirtschaftliche Expansion der Weltwirtschaft zu höheren Preisen für Öl und Rohstoffe, so daß importierter Inflationsdruck drohe. In den Wintermonaten stiegen die Importpreise in Deutschland beschleunigt um deutlich über 6 Prozent.

### F.A.Z.-Preisbericht



Deutschland	2005	Dez. 2005	Jan. 2006	Feb. 2006	März. 2006
Verbraucherpreise <sup>1)</sup>	+2,0	+2,1	+2,1	+2,1	+1,8
Nahrungsmittel	+0,1	+0,2	+0,9	+0,8	+0,4
andere Verbrauchsgüter <sup>2)</sup>	+0,9	+0,5	+0,2	+0,4	+0,7
Energie	+10,3	+14,4	+15,5	+14,6	+11,8
Dienstleistungen	+2,0	+1,8	+0,8	+1,0	+0,9
Wohnungsmieten	+1,0	+1,0	+1,0	+1,0	+1,0
Erzeugerpreise <sup>3)</sup>	+4,6	+5,2	+5,6	+5,9	
Außenhandelspreise					
Ausfuhr	+1,3	+1,9	+1,8	+1,9	
Einfuhr	+4,3	+6,8	+6,8	+6,4	

Euro-Raum	2005	Dez. 2005	Jan. 2006	Feb. 2006	März. 2006
Verbraucherpreise <sup>4)</sup>	+2,2	+2,2	+2,4	+2,3	+2,2
Kernrate der Inflation <sup>5)</sup>	+1,5	+1,4	+1,3	+1,3	
Erzeugerpreise <sup>6)</sup>	+4,1	+4,7	+5,3	+5,4	+5,6
Rohstoffpreise, Dollar					
HHWA-Index <sup>7)</sup>	+9,8	+29,8	+23,1	+23,1	+17,7
Roboil <sup>8)</sup>	43,4	47,7	51,4	50,1	50,7
Dollar je Euro <sup>11)</sup>	1,2441	1,1856	1,2103	1,1938	1,202
Monetäre Daten <sup>12)</sup>					
Geldmenge M3	+7,4	+7,3	+7,6	+8,0	
Buchkredite an Private	+8,1	+9,1	+9,6	+10,3	

1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVP). 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahresmittel. 3) HVP ohne besonders schwankungsanfällige Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel. 4) Verbraucherpreise nach nationalem Index. 5) Ver- und Geschäftsgüter ohne Energie und Nahrungsmittel. 6) Gewerbliche Produkte im Inlandsabsatz. 7) HWI. 8) Industrie-Erzeugerpreise, ohne Bau. 9) Ohne Energie. Euro-Raum auf Eurobasis. 10) Durchschnittl. Brent. WTI. 11) Monatsdurchschnitt. 12) Saisonbereinigt. Angaben: 13) Vorläufige Angaben für März 2006.

## DGB: Betriebsrente soll gestärkt werden

mme. BERLIN, 19. April. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will die betriebliche Altersvorsorge stärken. „Jeder Arbeitgeber sollte per Gesetz verpflichtet werden, den Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten. Die Arbeitnehmer müssen das Angebot dann annehmen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, am Mittwoch in Berlin. Das sei für die Beschäftigten die beste Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge und solle die Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung ergänzen. Der DGB habe jedoch noch kein Modell entwickelt, ob die Entgeltumwandlung der Arbeitnehmer für die betriebliche Altersvorsorge wie bisher von Sozialbeiträgen befreit bleiben sollte. Dagegen lehnt das Bundessozialministerium die Forderungen des DGB nach einer obligatorischen betrieblichen Altersvorsorge ab. „Entsprechende Pläne gibt es nicht“, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Engelen-Kefer kritisierte auch die von der Bundesregierung geplante Herabsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die Einführung eines Nachholfaktors in die Rentenformel scharf. „Angesichts der desolaten Beschäftigungssituation Älterer und der andauernden Massenarbeitslosigkeit wäre es zynisch, die Rente mit 67 zu beschließen.“ Zudem bedeute der Nachholfaktor für die Rentner, daß sie sich in den nächsten zehn Jahren mit weiteren Nullrunden begnügen müßten. Doch damit würden sie vom Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer abgekoppelt, sagte Engelen-Kefer weiter.

## EU will Konkurrenz im Versicherungsmarkt

BRÜSSEL, 19. April (Reuters). Die EU-Kommission will mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg mehr Konkurrenz auf dem deutschen Versicherungsmarkt durchsetzen. Deutschland habe EU-Regeln noch nicht umgesetzt, nach denen Versicherungsmakler auch in einem anderen Land der Gemeinschaft arbeiten können, teilte die Kommission am Mittwoch mit. Deshalb habe sie Deutschland ebenso verklagt wie Griechenland, Portugal, Frankreich, Spanien und Malta. Die Bundesregierung habe erklärt, das Gesetzgebungsverfahren laufe, sei aber noch nicht abgeschlossen. Die Frist war am 15. Januar 2005 ausgelaufen.

### ANZEIGE

### Direkt-Depot

0,- €

**Jetzt eröffnen und profitieren:**

- Kostenlose Depotführung
- Günstige Transaktionspreise
- Hochverzinstes Verrechnungskonto

4 x „Bester Online-Broker“  
2002 – 2005!

(BÖRSE ONLINE Nr. 8/2006)

**01802 / 004077**  
(0,06 Euro pro Anruf – Festnetz der Dt. Telekom)

[www.ing-diba.de/treffer](http://www.ing-diba.de/treffer)

46.036 **ING DiBa**

## Baden-Württemberg verkauft Immobilien

axa. STUTTGART, 19. April. Die Landesbank Baden-Württemberg und das Immobilienunternehmen Sireo haben den Auftrag erhalten, den Immobilienbesitz des Landes Baden-Württemberg teilweise zu verkaufen. Eine eigens gegründete Gesellschaft, die dem Land gehört und deren Chef der Sireo-Geschäftsführer Karl-Josef Schneiders ist, soll zunächst das Vermarktungs- und Entwicklungspotential der Objekte erarbeiten. Bis zum Jahresende sollen dann durch erste Verkäufe 300 Millionen Euro in die Landeskasse fließen. Das Geld hat der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) zum Schuldenabbau vorgesehen. Schätzungen zufolge haben die Immobilien Baden-Württembergs ohne Forst, Straßen und Gewässer einen Wert von mehr als 20 Milliarden Euro. Ines soll längst nicht alles verkauft werden, betont man im Finanzministerium. Zu den unverkäuflichen Bereichen gehören Naturschutzgebiete, Grundstücke mit Kirchen und Universitätsgebäude, die dem Hochschulförderbaugesetz unterliegen. In den beiden letzten Fällen müßten die Kirche oder der Bund an den Erlösen beteiligt werden; ein Verkauf wäre komplizierter. „Wir dürfen unsere Immobilien nicht nur als Unterbringungsobjekte für die Behörden des Landes betrachten, sondern müssen sie stärker als Vermögenswerte sehen“, begründete Finanzminister Stratthaus den Schritt zum Immobilienverkauf. „Je nach Ergebnis der Analyse sind unterschiedliche Vorgehensweisen wie Einzelverkauf, Portfolioverkauf, Rückmietlösungen, Projektentwicklung oder Behalten und Verwalten denkbar.“ Auch die Einbringung von Grundstücken in eine GmbH & Co. KG, bei der die Beteiligung Privater möglich sei, komme in Betracht.